

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gesamtnummer 25 241
Nur für Nachgeliehene: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich einmaliger Bestellung monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M.
Die einseitige 37 mm breite Zeile 5,- M. (bei Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 10spaltige bis u. Verträge 25 %). Fortsetzung auf Zahl. Unentgeltliche Beiträge gegen Vorauszahlung. Gesamtsumme 70 Pf.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Martenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neff & Neffhardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. — Unverlangte Schreibstücke werden nicht aufbewahrt.

Bücher-Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Trinkt
Radeberger Pilsner

Verleih-Magazin für Möbel, Porzellan, Gläser, silberne Bestecke, Tischwäsche, Tafeln u. Stühle usw.
Andreas Wold. Gottschalch
Tel. 2186 — Prager Straße 19 — Tel. 12617
Verkauf von Farb-, Alab- u. Dünnschnittstein — Ein- u. Verkauf von modernem u. antiken Möbeln

Eine neue Verfassung von Genoa?

Die Verfassungspropaganda der französischen Presse.

Poincaré bekräftigt Garding's Verhalten.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Genf, 11. März. „Echo de Paris“ meldet: Die Abfrage Amerikas muß zu neuen Verhandlungen zwischen den Alliierten über die Frage führen, ob die Konferenz von Genoa angesichts der neuen Sachlage nicht noch einmal und auf längere Zeit vertagt werden soll. Auch der offiziöse „Tempo“ und das „Journal des Débats“ befürworten lebhaft die Frage des 10. April als Eröffnungstages der Konferenz. Der „Matin“ schreibt: Poincaré hatte mit dem amerikanischen Botschafter am Mittwoch eine längere Unterredung. Poincaré konnte Garding's Verhalten nur anerkennen, Genoa nicht zu beschiden.

Amerika gegen die Anschaffung der Friedensverträge in Genoa.

Berlin, 11. März. Die das „N. Y.“ aus Washington meldet, begründet das Staatsdepartement die Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz von Genoa in folgender Weise: Aus dem Bericht des Beobachters von Cannes, Garçon, sei hervorgegangen, daß die Frage der Beteiligung Amerikas an der Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft derzeit im Vordergrund aller Kombinationen stand, daß Amerika nur mit einem abgegrenzten Programm nach Genoa hätte gehen können. Es sei dem Staatsdepartement nicht möglich gewesen, nicht über ein solches Programm zu finden. Die Regelung der deutschen und der russischen Frage in der Resolution von Cannes und in den Vorschlägen von Paris, London und Venedig widerspreche den amerikanischen Interessen. Wesentlich und grundlegend sei, daß durch das reformierte Stillschweigen über Verträge, die Amerika nicht anerkennt, den Vereinigten Staaten die Rolle eines Landes aufzuzwängen würde, das sich den Beschlüssen des Obersten Rates zu fügen hätte. Dieses Zugeständnis hätte bei der Senatsopposition lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Andererseits hätte Amerika mit der Förderung der Diskussion dieser Verträge sich in einer Weise schicklich, die es in einem heute ihm unannehmenen Einreihen gezwungen hätte. Amerika werde jedoch einen seiner in Europa akkreditierten Botschafter nach Genoa zu gehen, oder das gesamte Material aus den Verhandlungen in Genoa dem Kabinett in Washington zu unterbreiten. Es gelte als nicht ausgeschlossen, daß Amerika zu einem späteren Zeitpunkt in irgendeiner Form in die Verhandlungen eingreife, jedoch

nur dann, wenn die Voraussetzungen zur Genoa-Konferenz eine grundlegende Änderung erfordern haben.

Einmütige Billigung der Konferenzablehnung in Amerika.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
London, 11. März. Aus Washington wird gemeldet: In der Ablehnung der Genueiser Konferenz ist sich die gesamte Presse einig und steht in der Zukunft nicht mehr eine politische Sensation, als einen wirtschaftlichen Wert. Doch sprechen fast alle Zeitungen optimistisch von einer späteren Konferenz unter Amerikas Beteiligung nach endgültiger Regelung der inneren amerikanischen Angelegenheiten. Somit ist letzterer Grund maßgebend für die augenblickliche Ablehnung und nicht jene so viel besprochene Europamüdigkeit. Garding sieht noch immer im Mittelpunkt des Interesses, und seine Politik hat die gesamte republikanische Presse und einen Teil der Demokraten auf ihrer Seite. Unter den führenden Männern steht die „Times“ für ihn, „World“ gegen ihn.

Englische Stimmen zur Ablehnung Amerikas.

London, 11. März. In der abschließenden Sitzung Amerikas, an der Genueiser Konferenz teilzunehmen, schreibt die „Westminster Gazette“, daß ohne Revision des Pariser Vertrages die Wiederbelebung des europäischen Handels unmöglich sei. — „Daily Mail“ führt aus, daß die Ablehnung nicht die Absicht des Präsidenten Garding angeht, Europa den Rücken zu kehren. — Der „New Yorker Korrespondent der „Daily News“ sagt: Wenn Europa in Genoa zusammentritt und zu einer Verhandlung gelangt, so liegt kein Grund vor, weshalb nicht eine zweite Konferenz in Washington die Frage einer weiteren Abklärung erörtern solle. — „Morning Post“ schreibt, die amerikanische Ablehnung sei ein schwerer Schlag für die politischen Hoffnungen, die Lloyd George an die Konferenz geknüpft habe. — Die „Times“ wirft die Frage auf, zu welchem Zweck denn England nun noch nach Genoa gehe, oder wozu die Konferenz in Genoa überhaupt noch abgehalten werden solle. (S. 12.)

Amerikanische Kriegsbereitschaft.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
New York, 11. März. Edison erklärt in den Zeitungen, daß die Vereinigten Staaten für den Krieg gerüstet sein müßten, trotz aller Verträge und Konferenzen. Er will Nord unterstützen, die Stillhaltergenossen in größeren Mengen aufzunehmen, welches Ziel auch die Militärs im Kongress verfolgen. Nach Edisons Äußerungen müßten die Vereinigten Staaten in der Lage sein, jederzeit innerhalb einer Woche an einem Kriege teilnehmen zu können.

Abbruch der Regierungsverhandlungen über Erhöhung der Beamtenegehälter.

Ablehnung des Streikführers Menne als Verhandlungsteilnehmer.

Berlin, 11. März. Die gestrigen Verhandlungen des Reichsfinanzministers über die Erhöhung der Gehälter der Beamten und Staatsangehörigen wurden abgebrochen. Neben der Voranfrage bei den Verhandlungen wird eine Berliner Korrespondenz folgende Einzelheiten zu berichten: Als man in eine Debatte über eine Verringerung der Grundgehälter eintreten wollte, erkannte ein Regierungsvertreter den Eisenbahner Menne. Der Vorsitzende, Ministerialdirektor v. Schlieben, forderte Menne auf, den Saal zu verlassen. Menne fügte sich nach einigem Widerstreben. Die Sitzung wurde darauf unterbrochen, da die Beamten- und Arbeitervertreter zu dem Ausschluß Menne's Stellung nehmen wollten. Da die Mehrheit der Gewerkschaftsvertreter sich für eine Teilnahme Menne's an den Verhandlungen entschieden hatte, erließen dieser bei der Wiederaufnahme der Sitzung wieder im Sitzungssaal, Ministerialdirektor v. Schlieben gab darauf die Erklärung ab, daß die Regierung nicht mit einem Beamten verhandeln könne, der wegen schwerer Verfehlungen in seinem Dienste ein Disziplinarverfahren notwendig gemacht habe. Er betonte lebhaft, daß dadurch die Aktion für die Beamten und Arbeiter, die bereits ab 1. April in Kraft treten sollte, in Frage gestellt oder verzögert würde. Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Die Gewerkschaften wollen den Reichstanzler um sein Eingreifen ersuchen.

Beamtenbund und Reichsgewerkschaft.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung)
Berlin, 11. März. Der Abbruch der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Spitzenorganisationen beschäftigt derzeit alle in Frage kommenden Organe. Heute mittag werden die in Frage kommenden Körperschaften erneut ankommen, um sich darüber schlüssig zu werden, ob eine Verhandlung möglich ist. Wie aus Gewerkschaftskreisen mitgeteilt wird, stellen sich die Verbände hinter den Streikführer der Reichsgewerkschaft Menne nicht um seiner Person willen, sondern weil man prinzipiell nicht der Regierung das Recht angesehen will, einen Beamten der Regierung oder Arbeiter zurückzuweisen. Die Wahl gerade Menne's zur Teilnahme an den Verhandlungen wird auch in diesen Kreisen für sehr unglücklich gehalten.

Der Deutsche Beamtenbund, als dessen Vertreter Menne geht an den Besprechungen teilnahm, verhandelte heute

mit der Reichsgewerkschaft, um zu erreichen, daß mit dem Verhandlungsmandat ein Vorstandsmitglied betraut werde, gegen das kein Disziplinarverfahren schwebt. Der Deutsche Beamtenbund will energisch darauf dringen, daß seinen Wünschen stattgegeben wird, da sonst eine Wiederaufnahme der Besprechungen nicht sehr wahrscheinlich ist. Als bemerkenswert wird auch die Art und Weise angesehen, wie die Reichsgewerkschaft den Konflikt hervorgerufen hat. Der Deutsche Beamtenbund hatte zu den Verhandlungen eine Anzahl Beamte delegiert, es war ihm von der Reichsgewerkschaft erst im letzten Augenblick mitgeteilt worden, daß man dort Wert darauf lege, einen Eisenbahner an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen.

Diese Handlungsweise der Reichsgewerkschaft dürfte noch zu lebhaften Auseinandersetzungen im Deutschen Beamtenbund führen, da man mit der Politik der Reichsgewerkschaft längst nicht mehr einverstanden ist. Die Reichsgewerkschaft erklärt demgegenüber, die Regierung habe, hinsichtlich der Beamten, kein Recht, Menne oder einen anderen Vertreter, gegen den ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht sei, zurückzuweisen, denn die Vorkonferenzmitglieder der Reichsgewerkschaft seien für die Dauer ihrer Tätigkeit in der Gewerkschaft beurlaubt, bezogen weder Gehalt vom Reich noch hätten sie den Gehalt der anderen Vorgesetzten, die den im Dienste befindlichen Eisenbahnbeamten zusteht. Sie seien lediglich Angehörige der Gewerkschaft und seien aus den genannten Gründen für die Zeit ihrer privaten Tätigkeit der behördlichen Disziplinarorgane entzogen. In den Gewerkschaften herrscht der Wunsch, den Konflikt sobald wie möglich zu beilegen, und man wünscht nur eine Klärung, daß dieser Präzedenzfall nicht seine Wiederholung findet, und daß von der Regierung nicht prinzipiell eine Auswahl der Verhandlungsbefugigten angestrebt wird.

Entente-Überwachung der technischen Nothilfe?

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung)
Berlin, 11. März. Wie in unrichtigen Kreisen verlautet, soll mit der Note über die Abänderung der Artillerieausbildungsvorschrift das der Interalliierten Kommission vom Obersten Kriegsrat überreichte Programm noch nicht erloschen sein. Man soll die Absicht haben, auch eine Überwachung der technischen Nothilfe zu fordern, und zwar sollen Kontrollkommissionen nicht nur die einzelnen Organisationen der Nothilfe überwachen, sondern es soll auch von deutscher Seite über den Aufbau dieser Organisation eingehend Aufklärung gegeben werden.

Wollen und Halbwollen in der Deutschen Volkspartei.

In den letzten Wochen hat sich die Frage der Partei sehr lebhaft den Kopf der Deutschen Volkspartei dazwischen gedrückt, ob nach dem Zustandekommen des Dreierkompromisses und der Einennung von Dr. Hermes zum Reichsfinanzminister die große Koalition von Stresemann bis Scheidemann als geschichtl. angesehen werden könnte. Inzwischen ist nun das Schicksal des Dreierkompromisses, nachdem es lange auf den bewegten Wellen der parteipolitischen Gegenläufe geschlingelt und geschwankt hatte, in den nächsten Tagen eingelaufen, und Dr. Hermes hat sich auf dem Finanzministeriumsamt zugesetzt. Da muß es sich also bald zeigen, ob die Koalitionspromesse, die jetzt alle Parteien befeuert glauben, recht behalten oder nicht. Wenn man sich auf gewisse ganz klare und unabweisbare Grundbedingungen angeworfen hat, die es der Volkspartei selbst ermöglicht, die von Seiten der Deutschen Volkspartei selbst erlangten sind, so wird man nicht der Meinung sein können, daß heute bereits die politische Lage eine solche Gestaltung angenommen habe, die es der Volkspartei ermöglicht würde, ohne Preisgabe ihres grundsätzlichen Standpunktes an der Koalition im Reich teilzunehmen. Vor allem läßt hier eine allgemein als inspiriert bewertete Erklärung „Zeit“, des Berliner Parteiblattes, ins Gewicht, die wie folgt lautet: „Die große Koalition ist in einer Woche einmal von der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt worden und damit aus dem Bereich der Tatsachen ausgeschlossen. Nur die Deutsche Volkspartei kommt deshalb eine neue Verhandlung über die Koalition so lange nicht in Betracht, als ihr der Bund nach solchen neuen Verhandlungen nicht von allen drei anderen Parteien eingezogen wird.“ Außerdem hat der Abordnete Dr. Beder, der in der Volkspartei eine hervorragende Rolle spielt, in einer Polemik gegen den demokratischen Führer Dr. Fischer geäußert, es sei für die ganze deutsche und politische Gestaltung mancher Demokraten ungemein kennzeichnend, wenn sie glaubten, die Volkspartei könne es über sich erwinden, vor den dormaligen Koalitionspartnern eine Stunde zu erscheinen, um Aufnahme zu finden. Eine derartige Auffassung wies Dr. Beder mit der größten Schärfe zurück. Man sollte meinen, an solchen Worten sei nicht zu rütteln noch zu denken, und ihnen gegenüber erhebt es sich nicht anders, daß die Volkspartei für den fragwürdigen Preis der Gewährung von „Garantien“, die jede wirkliche Sicherung für die Erreichung des erzielten Zweckes der Zusammenführung der Reichsfinanzen durch ein gründliches Zurückgehen zurücklassen, sich aller Konsequenzen entziehen und der Koalition beitreten könnte. Das würde geradezu den Eindruck des Nachlaufens erwecken, der unbedingt vermeiden werden muß. Jede Kompromisspolitik findet hier ihre Grenze an gewissen grundsätzlichen Erwägungen, die keinesfalls geopfert werden dürfen, sei es, daß sie nationale Interessen betreffen oder mit dem Ansehen und der Würde der Partei zusammenhängen, und es wäre aus, wenn in diesem Punkte völlige Geschlossenheit in der Deutschen Volkspartei bestände. Wer aber die Frage nicht bestimmt, kann die Empfindung nicht erwecken, daß gewisse Tendenzen in der Partei dem einheitlichen Strömung im gegenwärtigen kritischen Augenblick und der einheitlichen Aktion unzulässig förderlich sind.

Es handelt sich dabei nicht um den sogenannten Zinnes-Kriegel, der lebhaft in der Presse der letzten Wochen als Possen erhalten wurde, aber nur ein Phantom war; Dr. Stresemann hat ihn ausdrücklich als „Jagdbankett“ bezeichnet. Die Unstimmigkeiten, die sich in der Partei bemerkbar machen, haben vielmehr einen nach anderer Richtung verlaufenden, ungeheuren Charakter, der in der verschiedenen Eigenart zweier führender Größen, Dr. Stresemann und Dr. Hermes, in die Erscheinung tritt. In Dr. Stresemann offenbart sich heute die in angesprochenen nationalen Boden verankerte Energie, die bei aller Bereitwilligkeit zum Kompromiß mit der Linken aus realpolitischen Gründen doch niemals das höchste Ziel des unierten nationalen Interesses schuldig aus den Augen verliert und auf diesem Gebiete kein Zagen und Zaudern, kein Wanken und Schwanken kennt. Auf dem letzten Parteitag sagte Dr. Stresemann u. a.: „Es gibt noch eine Kraftquelle für ein Volk, wenn ihm das Schwert genommen ist, das ist die Kraftquelle des einheitlichen nationalen Volksempfindens. Wir sind dieses einheitlichen Empfindens schla, das haben die Anstrengungen des Jahres 1914 bewiesen. Keiner hand nie ein Volk vor seinem Gott und der Welt da, als das deutsche Volk in den Augusttagen 1914. . . Wenn wir den Wunden haben an unsere Persönlichkeiten, daß sie nichts aufgeben werden von untern Grundstücken, dann sehe ich die Partei nicht als berechtigt an, daß sie sich in der Koalition von der Sozialdemokratie fallen unterliegen lassen. Wir geben keinen nationalen Grundtag auf. Tag wir das nicht tun, dafür ist die Stellung der Reichstagsfraktion ein unzulässiger Verweis. Es war für uns ebensowohl bei dem Londoner Ultimatum wie bei Oberstleuten klar, daß wir unter keinem Umständen in eine solche Koalition eintreten würden, wenn man uns treuhande zumutete, eine andere Politik zu machen, als wir sie bis dahin befolgt hatten.“